

Politik für Frieden und Sicherheit. Beschuß des 32. Ordentlichen Bundesparteitages der F.D.P. vom 29. bis 31. Mai 1981 in Köln.

Politik für Frieden und Sicherheit

I.

Deutsche Friedenspolitik. Sie dient in allen Schritten erkennbar dem Ziel, den Frieden in Europa und in der Welt zu sichern und zu wahren. Es ist die mit vielen Opfern bezahlte historische Erfahrung unseres Volkes, daß wir mit allen unseren Kräften für ein friedliches Zusammenleben der Völker arbeiten müssen.

Dazu gehört der Wille, Spannungen abzubauen und nicht zu verschärfen, einen gerechten Ausgleich der unterschiedlichen Interessen zu sichern, die Zusammenarbeit in vielfältiger Form zu fördern und überall in der Welt für die Verwirklichung der Freiheitsrechte und für soziale Gerechtigkeit einzutreten.

Friedenspolitik ist eine übergreifende Strategie, die alle Bestandteile unserer Außenpolitik einschließt:

- die Partnerschaft im westlichen Verteidigungsbündnis und die enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten,
- die Bereitschaft, im Rahmen der Kriegsverhinderungsstrategie des westlichen Bündnisses zur Wahrung des Gleichgewichts unseren Verteidigungsbeitrag zu leisten,
- das Eintreten für die Vereinigung Europas zu einer politischen Union,
- auf der Grundlage der Gleichberechtigung die Hilfe und Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt bei der Lösung ihrer Entwicklungsprobleme,
- den Dialog zwischen Ost und West mit dem Ziel, die Entspannungspolitik fortzusetzen und Spannungen und Spannungsursachen durch Verhandlungen abzubauen bzw. ihr Entstehen zu verhindern. Diese Politik wird auch dann nicht widerlegt, wenn sie Rückschläge erleidet,
- das Bestreben, durch Rüstungsbegrenzung und Rüstungsverminderung zu einem Gleichgewicht der Rüstungen auf möglichst geringem Niveau zu kommen.

Friedenspolitik ist eine anspruchsvolle Zielsetzung. Sie steht im Gegensatz zu nationalstaatlichem Egoismus und Vorherrschaftsstreben. Sie verfolgt strikt das Prinzip der Nichteinmischung, des Gewaltverzichts und der Anerkennung der Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Staaten. Friedenspolitik erfordert Respektierung anderer Gesellschaftsformen und daher die Bereitschaft, Beziehungen zu anderen Staaten mit anderen Gesellschaftsordnungen zu pflegen. Gleiches Handeln erwartet sie auch von anderen.

Friedenspolitik ist die liberale Gestaltung der Außenpolitik, "denn der Frieden ist die unabdingbare Voraussetzung für ein Leben in Freiheit und Menschenwürde" (Wahlprogramm 1980).

Liberale tragen seit 1969 die Verantwortung für die deutsche Außenpolitik. Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher haben durch ihre konsequente Verwirklichung der liberalen Prinzipien entscheidend dazu beigetragen, daß unser Land zu einem glaubwürdigen und verlässlichen Partner in der Weltpolitik geworden ist. Sie haben dafür gearbeitet,

- daß die Sicherheitspolitik des Westens als Politik der aktiven Friedenssicherung neben der militärischen Verteidigung auch den Willen zur Verteidigung der eigenen Freiheit und das Bestreben um Entspannung und Zusammenarbeit umfaßt;
- daß nach der Aussöhnung mit dem Westen auch die Verständigung mit dem Osten möglich wurde;
- daß die Lage vieler Menschen im geteilten Deutschland und in Europa erleichtert wurde;
- daß der Dialog zwischen Nord und Süd an die Stelle heftiger Auseinandersetzungen zwischen armen und reichen Ländern getreten ist.

(...)

III

Niemand wird heute noch bestreiten, daß in den vor uns liegenden Jahren die Entscheidung über Abrüstung oder Rüstungswettlauf getroffen wird. Die unverzichtbare Voraussetzung unserer Politik des Ausgleichs und der Zusammenarbeit zwischen Ost und West ist Gleichgewicht. Denn ohne Gleichgewicht kann es keine Sicherheit geben und ohne Sicherheit keine realistische Entspannungspolitik.

Somit drückt auch der Nachrüstungsbeschluß der NATO in klassischer Weise die doppelte Zielsetzung des westlichen Verteidigungsbündnisses aus, nämlich:

1. Gleichgewicht, d.h. keine Hinnahme von Überlegenheit der anderen Seite und kein Streben nach eigener Überlegenheit.
2. Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau der Rüstungen.

Der NATO-Doppelbeschluß ist unteilbar. Deshalb darf er weder durch mangelnde Entschlossenheit zur Nachrüstung noch durch mangelnde Verhandlungsbereitschaft in Frage gestellt werden.

Richtschnur unseres Handelns bleibt die Aussage unseres Wahlprogramms:

"Die F.D.P. wird alles daran setzen, daß das mit dem Nachrüstungsbeschluß der NATO gekoppelte Verhandlungsangebot an den Warschauer Pakt energisch vertreten wird. Das Ziel muß sein, auf Produktion und Stationierung atomarer Mittelstreckenwaffen auf beiden Seiten ganz zu verzichten."

Selbst ein einseitiges Moratorium der Sowjetunion kann dem Westen keine Beruhigung geben, denn dadurch würde das bestehende Ungleichgewicht zementiert.

(...)

Die von der F.D.P. seither im Rahmen der geltenden NATO-Strategie eingenommenen Grundpositionen sind nach wie vor verpflichtende Gebote liberaler Verteidigungspolitik und damit wichtige Prüfsteine für aktuelle sicherheitspolitische Entscheidungen:

- der konventionellen Verteidigung gebührt absoluter Vorrang;
- Verteidigungsstrategie und Struktur des Verteidigungspotentials müssen eindeutig defensiv sein;
- die vorhandenen nuklearen Massenvernichtungsmittel sind keine herkömmlich einsetzbaren Waffen, sondern politische Waffen zur Abschreckung;
- ihre Begrenzung, Reduzierung und schließlich vollständige Beseitigung ist ein vorrangiges politisches Ziel;
- die Schwelle für den Einsatz atomarer Waffen darf keinesfalls gesenkt, sondern sie muß zielstrebig angehoben werden, damit der Atomkrieg unwahrscheinlicher wird.

Die F.D.P. hält die Fortsetzung des Verhandlungsprozesses bezüglich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) gerade in der jetzigen Weltlage für notwendig. Sie sieht einen wichtigen Schritt zur Friedenssicherung darin, daß sich beide Weltmächte auch ohne Ratifikation des SALT II-Vertrages an dessen Bestimmungen halten.

(...)

Quelle: Archiv des Liberalismus, Gummersbach